

Warum es nicht für ein Ja reichte

Prämieninitiativen im Zürcher Vergleich Nur zwei Zürcher Gemeinden stimmten der SP-Prämieninitiative zu. Das sind zwei mehr als bei einer vergleichbaren Vorlage im Jahr 2021, wie ein Vergleich zeigt.

Pascal Unternährer und **Patrice Siegrist**

Das hat sich die SP sicher anders vorgestellt. Die Stimmberechtigten des Kantons Zürich haben ihre Prämienentlastungsinitiative mit 61,1 Prozent klar abgelehnt. Und dies trotz stark steigenden Prämien. Und obwohl die Bevölkerung die Prämienkosten regelmässig als Sorge Nummer eins bezeichnet.

Besonders ernüchternd für die Linke: Auch die roten Hochburgen konnten das Blatt nicht wenden. Die Stadt Zürich sagte zwar Ja, aber nur mit 50,2 Prozent. Nur die Stimmenden aus der 1150-Seelen-Gemeinde Rifferswil im Säuliamt konnte die SP einigermaßen überzeugen (56,6 Prozent Ja).

Auch rote Hochburgen sagen Nein

Die anderen 158 Städte und Gemeinden sagten Nein, inklusive Winterthur und Uster. Am höchsten war die Ablehnung in Uitikon und Buch am Irchel.

Interessant sind die Zürcher Abstimmungsergebnisse vom Sonntag deshalb, weil es vor drei Jahren eine Art Probelauf gab. Am 13. Juni 2021 entschied das Zürcher Stimmvolk über die kantonale Initiative «Raus aus der Prämienfalle». Diese war vergleichsweise moderat. Sie forderte, dass der Kanton Zürich gleich viel Geld in die Prämienverbilligungen einschiesst wie der Bund. Heute sind es 92 statt 100 Prozent. Die Haushalte mit niedrigen Einkommen hätten rund 40 Millionen Franken mehr erhalten. Mit der 10-Prozent-Initiative der SP wäre es deutlich mehr gewesen.

Die Initiative «Raus aus der Prämienfalle» wurde 2021 mit



«Zu radikal»: Ex-CVP-Kantonsrat Lorenz Schmid. Foto: Tamedia



Hat verloren: SP-Kantonsrätin Brigitte Röösli. Foto: Roger Hofstetter

64 Prozent Nein noch wuchtiger abgelehnt als nun die SP-Initiative. Ein Vergleich der detaillierten Abstimmungsergebnisse zeigt: In 137 Gemeinden gewann die Idee, den Haushalten mit mehr Prämienverbilligungen entgegenzukommen, seither an Sympathie. Während der Ja-Anteil in Rifferswil um 19 Prozentpunkte stieg, fiel das Plus in Zürich nur um 1,3 Prozentpunkte höher aus als 2021. Betrachtet man die Kantonskarte, fällt auf, dass der finanzielle Druck vor allem weniger begüterte Randgebiete mobilisiert hat.

«Da kann die SP schlicht nicht mithalten»

In 23 Gemeinden – vor allem am Zürichsee – ist der Nein-Anteil gestiegen. Das könnte mit dem Absender zusammenhängen. Die kantonale Initiative stammte von der damaligen CVP. Die SP hat es

in den reichen Seegemeinden traditionellerweise schwerer.

Brigitte Röösli findet kaum Erklärungen, warum die SP-Initiative nicht angenommen wurde. Die SP-Kantonsrätin und Illnau-Effretiker Sozialvorsteherin stellt fest, dass die Gegnerschaft keine finanziellen Mittel gescheut hat. «Da kann die SP schlicht nicht mithalten», sagt sie. An der Basis habe nach den Wahlen und der AHV-Initiative auch eine gewisse Erschöpftheit geherrscht.

Röösli's These: Wäre zuerst die Prämieninitiative an die Urne gekommen und erst danach die 13. AHV-Rente, hätte es für ein Ja gereicht. Jetzt habe die Gegnerschaft mit fehlenden Finanzen argumentieren können.

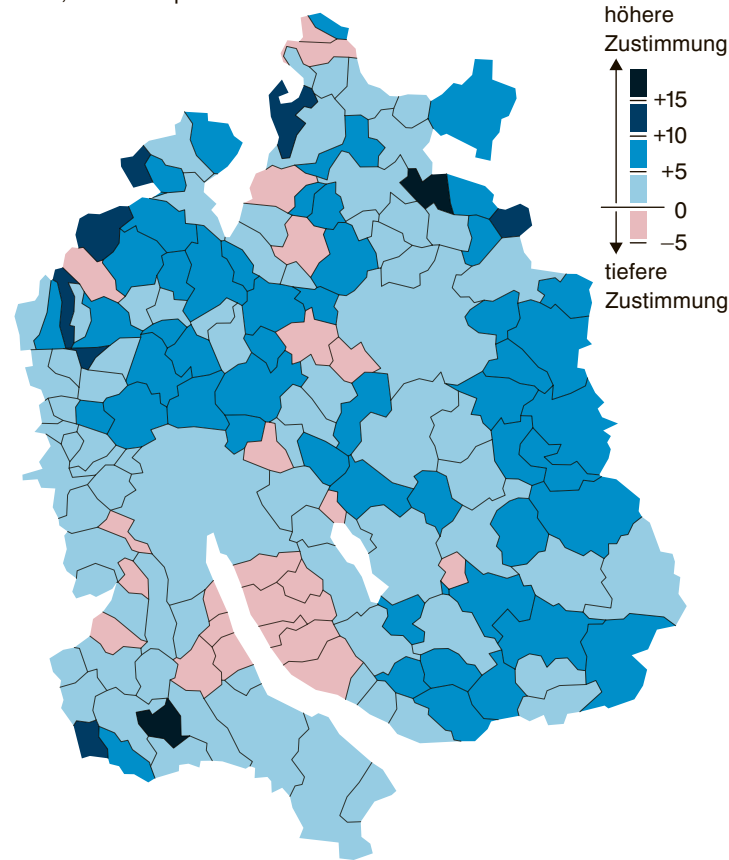
Dass der SP vor drei Jahren das Feuer gefehlt hat, bestätigt Röösli indirekt. Der Fokus lag schon damals auf der SP-Initiative, über die gestern entschieden wurde. Jetzt ruhen ihre Hoffnungen auf einen SP-Vorstoss, der vom Kanton fordert, 120 Prozent des Bundesbeitrags für die Prämienverbilligungen einzusetzen.

Lorenz Schmid hat auch heute noch keine schlüssige Erklärung, warum die Prämienfalle-Initiative eine derartige Abfuhr erhielt. «Wir wollten eigentlich nur eine Sparmassnahme der Zürcher Regierung rückgängig machen», sagt der Ex-CVP-Kantonsrat und Vater der damaligen Initiative.

Die SP-Initiative lehnte er gleichwohl als «zu radikal und zu starr» ab. Man müsse konsequent auf den unteren Mittelstand fokussieren, fordert Apotheker Schmid. «Für mich ist klar, dass es mehr Mittel für Prämienverbilligungen braucht.»

Der Prämieninitiativen-Vergleich

In 137 von 160 Gemeinden war die Zustimmung für die SP-Prämieninitiative höher als 2021 bei der kantonalen Mitte-Initiative «Raus aus der Prämienfalle», in Prozentpunkten



Grafik: sip, mt / Quelle: Statistisches Amt Kanton Zürich, eigene Berechnungen

Das sieht Gesundheitsdirektorin Natalie Rickli (SVP) ganz anders. Sie begrüsst das Nein zu den beiden Gesundheitsinitiativen, wie sie auf Anfrage erklärt. Das Resultat könne als «Antwort auf die im Vorfeld der Abstimmung medial häufig geäusserte Kritik am Gesundheitssystem verstanden werden», so Rickli. Die Bevölkerung schätze den guten Zugang und

die hohe medizinische Qualität der Gesundheitsversorgung in der Schweiz und sei auch bereit, etwas dafür zu bezahlen.

Mit der zweiten Initiative meinte Rickli die Kostenbremse-Initiative der Mitte. Diese ist im Kanton Zürich mit 67,3 Prozent noch wichtiger verworfen worden als in der Schweiz. Keine Gemeinde stimmte zu.

Auch Fischenthal sagt Nein

Im landesweiten Vergleich war die Zustimmung des Kantons Zürich zum Energiegesetz relativ hoch. 72,7 Prozent sagten Ja (Schweiz: 68,7 Prozent). Vereinzelt Zürcher Gemeinden stellten sich aber gegen einen raschen Ausbau der erneuerbaren Energien. Was auffällt? In vielen dieser Gemeinden wurde in den letzten Monaten kontrovers über die Windkraftpläne des Kantons diskutiert, da sie in der Nähe von möglichen Windkraftwerken liegen. So etwa Bärenwil (54 Prozent Nein), Bauma (50,9) oder Fischenthal (56,8), aber auch Altikon (51,2), Dägerlen (50,9) oder Hagenbuch (55,3). Die Debatten um Windkraftparks vor der eigenen Haustüre dürften die Stimmenscheide beim eidgenössischen Stromgesetz entscheidend mitgeprägt haben.

Der Kanton Zürich lehnt die Stop-Impfpflicht-Initiative klar ab. 77,2 Prozent sagten Nein zur Vorlage (Schweiz: 73,7 Prozent). Eine kleine Überraschung gab es aus Fischenthal. Noch vor knapp einem Jahr versenkte die Gemeinde im Zürcher Oberland das Covid-Gesetz deutlich und gehörte damit zu den Ausreissern im Kanton Zürich. Nun sagt selbst Fischenthal wie auch alle anderen Gemeinden Nein zur Stop-Impfpflicht-Initiative und zwar mit 56 Prozent. Mit 87 Prozent lehnt der Stadtzürcher Stimmkreis 4+5 das Anliegen ab. (sip)

Prämieninitiative

Zürich	Ja	Nein	% Ja
Kreis 1+2	5'313	6'027	46,9
Kreis 3	7'647	5'476	58,3
Kreis 4+5	6'907	4'528	60,4
Kreis 6	5'234	5'769	47,6
Kreis 7+8	6'766	10'885	38,3
Kreis 9	7'260	6'750	51,8
Kreis 10	6'840	6'332	51,9
Kreis 11	7'655	8'030	48,8
Kreis 12	3'058	2'381	56,2
Ausland-schweizer	3'141	4'206	42,8

Winterthur	Ja	Nein	% Ja
Altstadt	3'928	4'306	47,7
Oberw'thur	3'107	3'631	46,1
Seen	2'473	3'955	38,5
Töss	1'171	1'311	47,2
Veltheim	1'822	1'824	50,0
Wülflingen	1'977	2'213	47,2
Mattenbach	1'714	1'561	52,3

Bezirke	Ja	Nein	% Ja
Affoltern	6'314	12'707	33,2
Andelfingen	3'787	8'286	31,4
Bülach	13'503	24'359	35,7
Dielsdorf	7'959	14'879	34,9
Dietikon	6'941	13'450	34,0
Hinwil	10'707	18'437	36,7
Horgen	12'000	24'276	33,1
Meilen	10'044	26'445	27,5
Pfäffikon	6'677	12'870	34,2
Uster	14'044	25'440	35,6
Winterthur	22'863	32'931	41,0
Zürich	59'821	60'384	49,8

Stimmbeteiligung: 46,7%
Grafik: vif / Quelle: Kanton Zürich

Kostenbremse-Initiative

Zürich	Ja	Nein	% Ja
Kreis 1+2	3'453	7'791	30,7
Kreis 3	3'930	9'046	30,3
Kreis 4+5	3'227	8'088	28,5
Kreis 6	3'100	7'827	28,4
Kreis 7+8	4'841	12'684	27,6
Kreis 9	5'093	8'806	36,6
Kreis 10	3'869	9'186	29,6
Kreis 11	5'824	9'744	37,4
Kreis 12	2'325	3'118	42,7
Ausland-schweizer	2'465	4'842	33,7

Winterthur	Ja	Nein	% Ja
Altstadt	2'355	5'833	28,8
Oberw'thur	2'287	4'424	34,1
Seen	2'286	4'107	35,8
Töss	913	1'546	37,1
Veltheim	1'132	2'472	31,4
Wülflingen	1'562	2'596	37,6
Mattenbach	1'163	2'091	35,7

Bezirke	Ja	Nein	% Ja
Affoltern	5'891	13'029	31,1
Andelfingen	3'633	8'397	30,2
Bülach	13'346	24'312	35,4
Dielsdorf	8'149	14'596	35,8
Dietikon	6'762	13'519	33,3
Hinwil	10'312	18'691	35,6
Horgen	11'562	24'488	32,1
Meilen	10'004	26'220	27,6
Pfäffikon	6'710	12'688	34,6
Uster	13'087	26'143	33,4
Winterthur	18'570	36'905	33,5
Zürich	38'127	81'132	32,0

Stimmbeteiligung: 46,7%
Grafik: db / Quelle: Kanton Zürich

Stromgesetz

Zürich	Ja	Nein	% Ja
Kreis 1+2	9'095	2'254	80,1
Kreis 3	11'161	1'939	85,2
Kreis 4+5	10'110	1'313	88,5
Kreis 6	9'389	1'645	85,1
Kreis 7+8	14'379	3'238	81,6
Kreis 9	11'271	2'721	80,6
Kreis 10	10'984	2'194	83,4
Kreis 11	12'480	3'198	79,6
Kreis 12	4'069	1'351	75,1
Ausland-schweizer	5'805	1'625	78,1

Winterthur	Ja	Nein	% Ja
Altstadt	7'031	1'252	84,9
Oberw'thur	5'082	1'635	75,7
Seen	4'451	1'959	69,4
Töss	1'820	662	73,3
Veltheim	2'972	688	81,2
Wülflingen	2'973	1'190	71,4
Mattenbach	2'504	743	77,1

Bezirke	Ja	Nein	% Ja
Affoltern	12'873	6'150	67,7
Andelfingen	7'414	4'682	61,3
Bülach	25'888	11'946	68,4
Dielsdorf	14'567	8'226	63,9
Dietikon	14'532	5'756	71,6
Hinwil	17'491	11'520	60,3
Horgen	26'494	9'732	73,1
Meilen	25'743	10'636	70,8
Pfäffikon	11'997	7'515	61,5
Uster	27'885	11'455	70,9
Winterthur	40'031	15'730	71,8
Zürich	98'743	21'478	82,1

Stimmbeteiligung: 46,7%
Grafik: db / Quelle: Kanton Zürich

Stopp-Impfpflicht-Initiative

Zürich	Ja	Nein	% Ja
Kreis 1+2	2'000	9'292	17,7
Kreis 3	2'092	10'974	16,0
Kreis 4+5	1'491	9'904	13,1
Kreis 6	1'534	9'488	13,9
Kreis 7+8	2'677	14'990	15,2
Kreis 9	2'832	11'129	20,3
Kreis 10	2'031	11'106	15,5
Kreis 11	3'318	12'308	21,2
Kreis 12	1'473	3'923	27,3
Ausland-schweizer	1'768	5'662	23,8

Winterthur	Ja	Nein	% Ja
Altstadt	1'095	7'138	13,3
Oberw'thur	1'510	5'224	22,4
Seen	1'415	5'017	22,0
Töss	569	1'899	23,1
Veltheim	605	3'021	16,7
Wülflingen	1'080	3'088	25,9
Mattenbach	661	2'587	20,4

Bezirke	Ja	Nein	% Ja
Affoltern	4'643	14'340	24,5
Andelfingen	3'362	8'708	27,9
Bülach	9'577	28'188	25,4
Dielsdorf	6'501	16'279	28,5
Dietikon	4'886	15'442	24,0
Hinwil	8'992	20'075	30,9
Horgen	7'966	28'235	22,0
Meilen	7'643	28'731	21,0
Pfäffikon	5'644	13'834	29,0
Uster	9'137	30'190	23,2
Winterthur	12'463	43'199	22,4
Zürich	21'216	98'776	17,7

Stimmbeteiligung: 46,7%
Grafik: vif / Quelle: Kanton Zürich

Winterthur stimmt für Gegenvorschläge

Stadtklima-Initiativen Beide Initiativen werden abgelehnt. In Zürich stehen nur die Gegenvorschläge zur Wahl.

Am Schluss wurde die Abstimmung zu den Stadtklima-Vorlagen zum Krimi: Die beiden Initiativen «Für ein gesundes Stadtklima» (Gute-Luft-Initiative) und «Für eine zukunftsfähige Mobilität» (Zukunftsinitiative) hatten zwar keine Chance, aber für die beiden Gegenvorschläge wurde es knapp.

Die Gute-Luft-Initiative verlangt, dass innert zehn Jahren mindestens fünf Prozent der heutigen Strassenfläche in Winterthur zu Baum- und Grünflächen umgewandelt werden. Die Zukunftsinitiative wollte weitere fünf Prozent der Strassen für die Fussgänger, Velofahrerinnen und den ÖV umwandeln. Wären beide Initiativen angenommen worden, hätte das laut Angaben der Stadt rund 320'000 Quadratmeter Strassenfläche (oder 44 Fussballfelder) betroffen.

Ein richtungweisender Entscheid

Am Ende blieb ein hauchdünner Vorsprung: Der Gegenvorschlag zur Zukunftsinitiative wurde mit 50,3 Prozent angenommen (mit 169 Stimmen Differenz!), jener zur Gute-Luft-Initiative kam mit 52,9 Prozent durch.

Es ist ein richtungweisender Entscheid, der die Stadt in zwei Etappen prägen wird: Bis 2033 müssen 40'000 Quadratmeter Strassenraum zu Grünfläche umgewandelt werden. Weitere 80'000 Quadratmeter sollen neu primär für Fussgänger, Velofahrerinnen und den öffentlichen Verkehr nutzbar gemacht werden.

Bis 2040 kommen noch einmal 40'000 Quadratmeter Grünfläche sowie 90'000 Quadratmeter für den Langsamverkehr und den ÖV dazu. Insgesamt sind es somit 250'000 Quadratmeter – rund 34 Fussballfelder –, die künftig nicht mehr in erster Linie dem Auto zur Verfügung stehen.

145'000 Quadratmeter für Bäume und Wiesen?

In Zürich wird vermutlich im Herbst über die gleichen beiden Anliegen abgestimmt. Allerdings kommen die Initiativen selbst in Zürich nicht mehr an die Urne. Das Initiativkomitee zog sie zurück, nachdem der Gemeinderat Ende März zwei von SP, Grünen, GLP und AL ausgearbeitete Gegenvorschläge verabschiedet hatte. Demnach sollen in Zürich insgesamt 145'000 Quadratmeter Strasse aufgehoben und in Wiesen- und Baumflächen umgewandelt werden sowie insgesamt 462'000 Quadratmeter für den Langsamverkehr umgenutzt werden – das ist etwa gleich viel, wie die Initiative verlangt hätte.

Angenommen wurde in Winterthur ausserdem der 120-Millionen-Kredit für die Sanierung der städtischen Pensionskasse. Der Ja-Anteil lag bei 63,1 Prozent. Die städtische Pensionskasse Winterthur ist seit Jahren in der Bredouille. Sie wurde unterfinanziert in die Selbstständigkeit entlassen. Seither ist der finanzielle Deckungsgrad beinahe chronisch unter 100 Prozent. Solide wären 115 Prozent.

Jonas Keller